

Amtliches Kreis-Blatt

für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Admerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 260

Diez, Mittwoch den 6. November 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

Stellv. Generalkommando XVIII. Armeekorps.

Abt. III b. 22 816/5296.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. Mil. Pol. Nr. 60 744/32 017.

Frankfurt a. M., Mainz, den 17. Oktober 1918.

Verordnung.

Betr. Verbot des Auslandsversandes von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 95 des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom
11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des
18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Periodische Druckschriften sind während der ersten zwei
Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder
mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsver-
sand zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle
nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Ver-
öffentlichungen, wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen einge-
sandte sogenannte redaktionelle Notizen.

Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Kor-
porationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten
Staaten.
2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrech-
nungen und Emissionsprospekte handelsgerichtlich einge-
tragener Firmen.
3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem
Ausgabetermin der Druckschrift erfolgt ist; diese Anzeigen
aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt
keine ausfuhrverbotene Anzeige (vergl. auch 1 und 2) be-
findet und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der
rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich ge-
macht ist.

Um die Innehaltung der 14 tägigen Frist zwischen An-
zeigenannahme und Ausgabe kontrollieren zu können, ist von
den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der zu-
ständigen örtlichen Zensurstelle vorzulegen und rechnet die
14 tägige Frist erst von dem Tage dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es bei allen ihren An-
zeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffent-
lichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt,
können durch den zuständigen Militärbefehlshaber von der Ver-
pflichtung zur Einreichung der einzelnen Anzeigen befreit
werden.

Alle zum unverzüglichen Auslandsversand zugelassenen
Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch
ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu
machen.

Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand,
der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zu widerhandlungen hiergegen werden mit Gefängnis bis
zu einem Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden,
so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt
werden.

Der stellv. kommandierende General
Niedel,

General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz

Pausch,

Generalleutnant.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Abwehr. Tgb.-Nr. 5200/12 103.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. Mil. Pol. Nr. 60 473/31 759.

Frankfurt a. M., Mainz, den 15. Oktober 1918.

Betr.: Versand von Briefen und Postkarten nach dem Auslande.

Verordnung.

Auf Grund des § 95 des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom
11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des
18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

„Auf Briefen und Postkarten nach dem Auslande hat der
Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße
und Hausnummer anzugeben. Briefe und Postkarten, die diesen
Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausge-
schlossen.“

Falsche Angaben des Absenders werden mit Gefängnis
bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit
Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.“

Der stellv. kommandierende General
Niedel,

General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Pausch,

Generalleutnant.

Bekanntmachung, betreffend die Außerkurssetzung der Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel. Vom 1. 8. 18.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 14 Nr. 1 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) und des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 627) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Oktober 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2. Bis zum 1. Januar 1919 werden Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehnskassenscheine und bei Beträgen unter einer Mark gegen Bargeld umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf fälschliche und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, den 1. August 1918.

Der Reichskanzler

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Kohlräben (Stedräben, Bruden, Bodenkohlrabi, Erdkohlraben, Unterkohlraben) ausgedehnt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

Die vorstehende Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird zur Kenntnis gebracht. Demgemäß werden in unserer Verordnung vom 31. Juli 1918 in § 1 Absatz a. noch aufgenommen die Worte Kohlräben (Stedräben, Bruden, Erdkohlraben, Unterkohlraben).

Frankfurt a. M., Wiesbaden, den 1. November 1918.

Der Vorsitzende: Droeg, Geheimer Regierungsrat.

J.-Nr. 10 889. II.

Diez, den 2. November 1918.

Die vorstehend aufgeführten Bestimmungen sind im amtlichen Kreisblatt Nr. 193—194 zum Abdruck gebracht. Die diesseits unter dem 12. August 1918 J.-Nr. 7834 II erlassenen Bestimmungen (amtliches Kreisblatt Nr. 194) finden nunmehr auch auf Kohlräben (Stedräben, Bruden, Erdkohlraben, Unterkohlraben) Anwendung.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

Thon.

I. 12 234.

Diez, den 2. November 1918.

Bekanntmachung.

Der Herr Oberlandes-Gerichtspräsident und der Herr Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. haben, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, sich damit einverstanden erklärt, daß die Polizeigefangenen, welche hieher in dem amtsgerichtlichen Gefängnis in Nassau Aufnahme gefunden haben, während der Schließung dieses Gefängnisses in dem landgerichtlichen Gefängnis in Limburg untergebracht werden. An Kosten ist die allgemein für die Aufnahme von Polizeigefangenen in die landgerichtlichen Gefängnisse bestimmte Entschädigung zu zahlen.

Der Königl. Landrat.

Thon.

Regd. Nr. 21. 2744.

Die 3, den 4. November 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich erinnere an meine Verfügung vom 12. 10. v. Mts. — Regd. Nr. 21. 2633 — veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 243, betr. Zahl der verausgabten Fleischkarten und ersuche um deren Erledigung binnen 24 Stunden.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

Thon.

Verteilungsliste

für die im Jahre 1918, von der Firma B. Blaum-Wiesbaden bezogenen Formulare der Gemeindeförsterverwaltung.

Name der Gemeinde	Größe des Walbes ha	Zu leistende Zahlung	
		M	S
1. Bergnassau-Scheuern	109	6	66
2. Deggshofen	138	8	44
3. Dienethal	50	3	06
4. Dornholzhausen	190	11	62
5. Geisig	119	7	28
6. Lollschied	205	12	53
7. Niffelberg	31	1	89
8. Nassau	666	40	73
9. Niederbiefenbach	163	9	97
10. Obernhof	163	9	97
11. Oberwies	5	0	30
12. Pohl	190	11	62
13. Roth	132	8	07
14. Schweighausen	144	8	80
15. Singhofen	585	35	77
16. Sulzbach	119	7	28
Zus.	3009	183	99

Nassau, den 21. Oktober 1918.

Königliche Oberförsterei
Nassau (Lahn).

Nichtamtlicher Teil

Dank des Kaisers an das Westheer.

Berlin, 4. Nov. (WVB. Amtlich.)

An Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Meinem Wiedereritreffen im Großen Hauptquartier hat Mir der Generalfeldmarschall v. Hindenburg erneut über die außerordentlichen Leistungen des Westheeres in den letzten Monaten Vortrag gehalten.

Allen Führern und Truppen spreche ich Meine warme Anerkennung aus. Ich gedenke vor allem der Truppen an der Ois- und Aisne, deren Tapferkeit die großen Kämpfe des Gegners bisher zunichte machte.

Ich hege die feste Zuversicht, daß die Heeresgruppe auch fernerhin ihre Pflicht tun wird.

Wilhelm I. R.

An die anderen Heeresgruppen des Westens hat Seine Majestät ähnlich lautende Telegramme gerichtet.

Kaiser Karl.

Wien, 4. Nov. (WVB. Meldung des Wiener S. A. Korrespondenz-Bureaus.) Kaiser Karl übergab am 2. November das Armeekommando an Feldmarschall Freiherrn Koebel.

Spanien.

Bern, 2. Nov. (WVB.) Zur parlamentarischen Lage in Spanien meldet der Timesdienst des „Corriere della Sera“, Spanien stehe vor einer tief umwälzenden politischen Krise. Der Sturz der Regierung sei eine Frage von Tagen. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheine die Bildung eines ultrademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich unter Romandones, das gleich beim Regierungsantritt wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde.

Deutschland.

WTB. Stuttgart, 4. Nov. Zur Berichtigung der unzutreffenden Darstellung in einigen Abendblättern erfahren wir von zuständiger Stelle über die heutigen Vorgänge in Stuttgart folgendes:

Von der Arbeiterchaft der Daimlerwerke in Untertürkheim, und einiger anderer Werke, die heute feierten, zogen einige Tausend Personen, darunter viele Frauen, Mädchen und junge Burichen auf den Schloßplatz, wo der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Von der Bildung eines Arbeiterrates, wovon in den Abendblättern die Rede ist, ist nichts bekannt geworden. Der Zug bewegte sich vor das Ministerium des Innern. Eine Abordnung der Arbeiter bat um Gehör, das vom Minister des Innern aus freien Stücken gewährt wurde. Dieser erklärte, die Vermutung der Arbeiterchaft, daß die Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde, obgleich an Deutschland mitgeteilt, der Bevölkerung vorenthalten würden, für grundlos und behielt sich gegenüber dem von den Erschienenen vorgetragenen Programm, das neben bolschewistischen Ideen wirtschaftliche Forderungen enthielt, seine Entscheidung über die Erteilung einer Antwort vor. Die Menge zerstreute sich darauf. Es wurden, jedoch vergeblich, Versuche unternommen, die Arbeiterchaft der Bosch-Werke in Stuttgart und Feuerbach zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen. In den Nachmittagsstunden bildete sich von neuem eine große Ansammlung vor dem Ministerium des Innern. Es erschien nochmals eine Arbeiterabordnung, der der Minister die Prüfung der ihn berührenden wirtschaftlichen Fragen zusagte, während er die Erörterung der umstürzlerischen Forderungen rundweg ablehnte und auf die Ungeziagartheit solcher Wege zur Erreichung des allseitig angestrebten Friedens hinwies. Nach Bekanntgabe dieser Antwort ging die Menge auseinander. Im Verlauf der ganzen Kundgebungen sind keine gewalttätigen Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Die Teilnehmer bestanden nur zum kleinsten Teil aus Anhängern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die Polizei war nirgends zum Einschreiten mit der Waffe genötigt. Für morgen — Dienstag — ist die Wiederaufnahme der Arbeit bei Daimler und in den anderen Werken angekündigt worden.

Polnische Heke.

WTB. Warschau, 4. Nov. Anlässlich eines Vortrages, den Professor Kömer am 29. Oktober in Lemberg hielt, ergriff der polnische Minister des Aeußern Głombinski das Wort zur gegenwärtigen Lage.

In Sachen Litauens und der zu Oesterreich-Ungarn gehörenden außerhalb Galiziens liegenden polnischen Gebiete habe er so führte der Minister aus, bereits der Konferenz vorgeeschlagen, wie die strittigen Grenzen zu bestimmen seien. In Sachen Danzigs erklärte er, daß die ganze Weichselmündung Polen gehören müsse. Die Staaten, die auf der Friedenskonferenz zu entscheiden haben würden, würden die Frage Danzigs unzweifelhaft zu Polens Gunsten entscheiden.

Im Rückblick auf die innerpolitische Entwicklung führte Głombinski aus:

Den Regentchaftsrat in Warschau müßte man erhalten, da der geplante Nationalrat aus in den Parteiverhältnissen liegenden Gründen nicht zustande gekommen sei. Man forderte die Sozialisten dringend zur Teilnahme an der Regierung auf, und man war sogleich bereit, ihnen die ganze Regierung zu übergeben, sofern sie genügend Kraft und Fähigkeit zeigen würden, das Programm durchzuführen. Die Sozialisten lehnten aber ab. Der Minister wies die Ansicht zurück, als ob nur Nationaldemokraten im Kabinett säßen: sie hätten nur das Präsidium des Ministeriums des Aeußern inne. Im übrigen seien dort Parteiloje tätig.

Ungarn.

Budapest, 4. Nov. (WTB.) Im Sitzungsaal des alten Abgeordnetenhauses konstituierte sich am Sonntag vormittag der Soldatenrat auf der Grundlage demokratischer Organisation mit dem Vertrauensmännersystem. Nach der Konstituierung begrüßte der Minister für Volkswohlfahrt, Sozialist Dr. Sigmund Kunfi den Soldatenrat, der das Problem selbstbewußter Disziplin verwirklicht habe. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, die Soldatenräte im Auslande telegraphisch zu begrüßen.

WTB. Budapest, 3. Nov. (Ungarisches Korrespondenzbüro.) Der deutsche Generalkonsul in Budapest, Graf Fürstenberg-Stammheim, erschien vormittags beim Nationalrat, um den Schatz des Rates für die Reichsdeutschen in Budapest zu erbitten. Graf Fürstenberg-Stammheim betonte, er wolle alle erforderlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Deutschland und Ungarn ergreifen, damit auch der Handelsverkehr ungehindert von statten gehen und Ungarn alle jene Artikel, die auch bis jetzt aus Deutschland eingeführt wurden, erhalten könne. Der Nationalrat zog sich zur kurzen Beratung zurück und betraute Johann Dr. Julius Kaldor damit, den Mitgliedern der reichsdeutschen Kolonie mitzuteilen, daß der Nationalrat, getreu der traditionellen Gastfreundschaft der ungarischen Nation, die Deutschen, die ja alle seit längerer Zeit in ihrem Wexse leben, gerade so behandeln wolle, wie die Untertanen der anderen fremden Staaten. Der Nationalrat betrachte sich nicht als im feindlichen Zustand mit Deutschland befindlich und hoffe, daß die Völker und Nationen nunmehr gegenseitig den Weg zu ihrem Herzen finden werden. Was jetzt in Ungarn geschehe, sei nichts anderes als Krieg gegen den Krieg. Die deutsche Kolonie versammelte sich am Nachmittag im Lokal des Vereins der Reichsdeutschen und nahm die von Dr. Kaldor überbrachte Botschaft des Nationalrates mit großer Freude entgegen.

Budapest, 4. Nov. (W. B.) Der ungarische Kriegsminister erklärte bezüglich des abgeschlossenen Waffenstillstandes, daß die Demarkationslinie die ungarische Landesgrenze sein werde. Wahrscheinlich werden französische und englische Truppen nach Ungarn kommen. Sollten sie kommen, so kommen sie nicht als Feinde. Ihr Aufenthalt wird nur kurz sein. Keineswegs wird die Okkupation von langer Dauer sein. Die fremden Truppen kommen zu uns als Freunde, nicht als Sieger, denn nicht das ungarische Volk, sondern das verrottete Regierungssystem ist besiegt.

Das Northcliffe-Programm.

Amsterdam, 4. Nov. (WTB.) „Allgemeines Handelsblad“ schreibt zu dem Programm der Friedensbedingungen, welche Lord Northcliffe aufgestellt hat: Ein großer Teil dieses Programms rennt nur offene Türen ein. Verschiedene von ihm genannte Ziele sind durch den Zusammenbruch der Bundesgenossen Deutschlands bereits erreicht oder können durch ein Machtwort der Sieger verwirklicht werden. Den anderen Punkten hat Deutschland in seinen Noten an den Präsidenten Wilson bereits völlig zugestimmt, z. B. der Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs, oder, es ist nach Äußerungen von Zeitungen, die mit Mitgliedern der Volksregierung in Verbindung stehen, zur Einwilligung bereit. Daß die Frage Elsaß-Lothringens noch ein Hindernis für den Frieden sein würde, ist gewiß nicht mehr anzunehmen. Es bleibt also noch die Frage der Kolonien gegenüber der Northcliffe die Ansicht vertritt, die unzweifelhaft in England und bei dessen bedeutendsten Alliierten auch in verantwortlichen Kreisen vielfach geteilt wird. Aber sein Standpunkt wird dort sicher nicht bei allen, die bei der Aufstellung der Friedensbedingungen mitzusprechen haben, ungeteilte Zustimmung finden. Es muß sich noch herausstellen, ob das Northcliffe-Programm wirklich das Programm der Konferenz von Versailles oder einer bestimmten Partei in England ist. In jedem Falle ist es von Bedeutung, daß auch die Gruppe, deren Führer Northcliffe ist, die Notwendigkeit des Völkerbundes anerkennt.

Vier Jahre Verteidigungskampf in Deutsch-Ostafrika.

Von Geh. Ratrat Brandes, Referent für das Vandalwesen
beim Gouverneur von Deutsch-Ostafrika.

V.

Verhalten der Eingeborenen.

Wenn ich als letzten Punkt meiner Ausführungen das Verhalten der Eingeborenen gegenüber den alles beherrschenden Kriegssorgen erörtere, so kommen wir damit auf ein Gebiet, das eins der wichtigsten, wenn nicht richtiger gesagt, das wichtigste für die Möglichkeit der Verteidigung Deutsch-Ostafrikas bedeutet. Wir betreten damit auch zugleich das Gebiet, worauf ja bekanntlich unsere Feinde in Verblendung und Gehässigkeit uns unsere kolonialisatorischen Fähigkeiten und damit zugleich das Anrecht auf Kolonien absprechen. Es ist ja eigentlich für uns eine Vinsenweisheit und möchte fast abgeschmackt erscheinen, wenn immer wieder diesen gehässigen Angriffen gegenüber betont werden muß, daß sie sich auf aus der Luft gegriffene und haltlose Behauptungen stützen. Es kann aber gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß gerade das Verhalten unserer ostafrikanischen Eingeborenen selbst schon den schlagendsten Gegenbeweis gegen die Behauptungen unserer Feinde liefert. Wie soll es sonst verstanden werden, daß unsere Askari, die sich nicht etwa, wie unsere Feinde behaupten, aus besonders kriegerischen Stämmen Afrikas, wie Somali, Sudanesen, Zulu und was sonst in Betracht kommen soll, also aus angeworbenen Kriegerern, sondern aus unseren eigenen schwarzen Vandeskindern zusammensetzen, so jahrelang in größter Aufopferung ihrer Person eine Unkänglichkeit an ihre deutschen Mitkämpfer und eine Hingebung und Begeisterung für die deutsch-ostafrikanische Vandesache zeigen, die man miterlebt haben muß, um sie voll ermaßen zu können. Wie soll es sonst verstanden werden, daß sich auch heute noch der Rest treu um Kommandeur und Gouverneur geschart, gegen die feindliche Uebermacht in gewohnter Zähigkeit und Ausdauer verteidigt? Und wenn das nicht gelten soll, weil es die Leistung von Soldaten bedeutet, wie soll es sonst verstanden werden, daß auch die gesamte schwarze Zivilbevölkerung alle die ihnen durch die Kriegsnotwendigkeit auferlegten Lasten willig und ohne Aufstandsbehebungen auf sich nahm? Wie soll alles dies verstanden werden, wenn man nicht darin den schlagendsten Beweis dafür sehen will, daß unsere ostafrikanischen Eingeborenen mit unserer Verwaltung und ihrem Los durchaus einverstanden waren? Welch gewaltige Arbeitsleistung mußte aber von der ostafrikanischen schwarzen Zivilbevölkerung ganz besonders durch den Trägerdienst hinter der Front vollbracht werden! Trotz der beiden vorhandenen Eisenbahnen, die ja bei einem Gebiet in der doppelten Größe des Deutschen Reiches nur ein kleines Stück mit ihrer Verkehrs-möglichkeit beherrschen konnten, mußten bei den weit verzweigten legenden Kampfstellen die Munitions- und Verpflegungstransporte in der Hauptsache noch durch das übliche Beförderungsweisen, das heißt auf Trägerköpfen, bewerkstelligt werden. Um die Anforderungen der Truppe zu erfüllen, mußten auf den vielen Stappenstrecken, auf denen Hunderte von Kilometern zurückzulegen waren, täglich Zehntausende von Trägern unterwegs sein. Wenn es gelang, daß die erforderlichen großen Mengen von Trägern immer wieder beschafft wurden und daneben auch noch all die anderen Kriegsarbeiten bewältigt, insbesondere die Riesenmengen an Verpflegung von den Eingeborenen angekauft und angeliefert werden konnten, wenn es vor allem gelang, die Eingeborenen für alle diese ungeheuren Kriegseinstellungen heranzuziehen, ohne daß Aufstände hervorgerufen wurden, so ist das in erster Linie unserer für Ostafrika gelübten verständigen Eingeborenenpolitik zu danken. Diese von unserer Regierung den Eingeborenen gegenüber aus-

geübte fürsorgende und wohlwollende Behandlung, insbesondere Vermeidung von Zwangsmaßnahmen, Bezahlung für alle Dienstleistungen, Regelung der Verpflegung, Fürsorge in sanitärer Beziehung und Zurückschaffung in die Heimat nach Erledigung der Arbeitsverpflichtung, dürfte dazu geführt haben, daß die bei Ausbruch des Krieges selbst von den ältesten Afrikanern noch befürchteten Eingeborenen-aufstände trotz der durch den Krieg unvermeidlichen schweren Belastung der Eingeborenen unterblieben und die Schutztruppe daher im Innern des Landes eine stets gesicherte Grundlage für die Durchführung des gewaltigen Verteidigungskrieges behielt. Dieser Politik wird es auch zu danken sein, wenn wir bei späterer Wiederaufnahme unserer Verwaltung in Deutsch-Ostafrika allem feindlichen Gerede zum Trost von den Eingeborenen freudig wieder als Herren empfangen sein werden.

Vermischte Nachrichten.

* W.B. Saarbrücken, 5. Nov. Amtlich. Gestern abend gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Bülbingen nach Bux in Brand. Hierbei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gange.

* Hoherswerda. In Zorgenhausen wurde vom Kantor im Schulgarten ein Adler abgeschossen, dessen Flügelspannweite 2,50 Meter betrug. Der Riesenvogel hatte sich offenbar verfliegen und war bei der Suche nach Beute bis in die menschlichen Wohnplätze vorgestoßen.

* Das Lager des Hamsterfängers. Das Sprichwort „Unrecht Gut gedeihet nicht“ hat sich in folgendem aus Borchheim verichteten Vorfall bewahrheitet: Zwei hamsternden Mädchen nahm ein Gendarm zwei Pfund Butter ab. Die Mädchen, die dem Gendarmen nachgingen, beobachteten, wie er die Butter außerhalb des Dorfes in einer gespaltenen Pappel versteckte. Als der Gendarm außer Sichtweite war, untersuchten die beiden Mädchen den Baum näher und fanden darin außer der ihnen abgenommenen Butter noch weitere zehn Pfund, sowie Eier und vieles andere. Sie nahmen alles mit.

* Kampf zwischen Förster und Wildddieb. Einen bösen Zusammenstoß mit einem Wilderer hatte der städtische Förster Kalisch vom Forsthaus Kupferhammer bei Gerswalde. Er hatte ein eingegangenes Rehkalb gefunden und war gerade bei der Feststellung und Untersuchung, als er Schnellfeuer erhielt. Er warf sich nieder, um das Feuer zu erwidern. Jetzt floh der Wildddieb. Er kroch nach der Schonung hin, um sich zur Wehr zu setzen. Da hörte das Feuer auf und er gewahrte, wie ein Mann die Flucht ergriff. Der Wilderer hatte mit einem Mistbürgewehr gefeuert und anscheinend schon Tage vorher damit auch das Rehkalb krank geschossen, das dann später einging.

* Schlechte Zeiten für Schleichhändler. Für die Kettenhändler kommen nun schlechte Zeiten. So wird in Holland die Butter schon für drei Gulden angeboten, wo sonst 5 Gulden gefordert wurden. Margarine, Mehl, Del, Stärke, Seife, Kaffee, Tee, Zucker und Bonbons — alles ist jetzt plötzlich zu bedeutend niedrigeren Preisen zu haben. Der Teepreis fiel von 15 auf 6 Gulden das Pfund. Eier, die sonst 35 Cent kosteten, fielen auf 24 Cent. In Apeldorn konnte man Salatöl für 3 Gulden kaufen, für das sonst 16 Gulden gefordert wurden, Stückseife für 30 Cent, vorher 1,40 Gulden. Daß diese „Geschäftslage“ nicht ohne Einfluß auf das Deutsche Reich bleibt, liegt auf der Hand.

* Goldschmuggler aus Dänemark. In der schwedischen Stadt Pitea wurden 250 000 Kronen dänische Goldmünzen beschlagnahmt. Das Geld, das wahrscheinlich aus Dänemark herausgeschmuggelt worden ist, gehörte zwei Geschäftsleuten in Haparanda, und da man Grund zu der Annahme hat, daß es nach England ausgeführt werden sollte, wurde es beschlagnahmt.